

Großenhainer Unterhaltungs- und Anzeigebblatt.

Amtsblatt

des Königlichen Gerichtsamts und Stadtraths zu Großenhain.

Redigirt, gedruckt und verlegt von Herrmann Starke in Großenhain.

No. 10.

Donnerstag, den 25. Januar

1872.

Bekanntmachung.

Der auf dem, in Raundorfer Flur gelegenen sogenannten Meisterholz anstehende **Holzbestand** soll

Sonnabend, den 27. Januar a. c.,

Nachmittags 3 Uhr

an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung an Ort und Stelle veräußert werden, was wir für Kauflustige andurch bekannt machen.

Großenhain, am 22. Januar 1872. Der Rath daselbst.

Kunze. Wschl.

Tagesnachrichten.

Sachsen. Die zweite Kammer hat am 22. Jan., nachdem ein Geschäftsordnungsantrag Annahme gefunden, das k. Decret, die Gehührentaxe für Aerzte, Wundärzte, Chemiker, Pharmaceuten und Hebammen bei gerichtlich-medizinischen und medicinal-polizeilichen Verrichtungen betr., berathen und die Taxe selbst mit einigen Abänderungen einstimmig angenommen. Weiter berieth die Kammer die Forderung der Regierung, für den Umbau des alten Galeriegebäudes behufs Aufnahme des historischen Museums und der Porzellanansammlung 150,000 Thlr. zu bewilligen. Nach längerer Debatte wurde die postulierte Summe einstimmig bewilligt, der Regierung aber anheimgegeben, ob nicht nach Beschaffung eines passenden Platzes für die Wagen des k. Hauses die frei werdenden Parterreräumlichkeiten des Galeriegebäudes für anderweite Staatszwecke gewonnen werden können. Zum Schluß wurden noch mehrere Petitionen privater Natur erledigt. Am 23. Januar hat die zweite Kammer den Antrag des Abg. Jordan auf Ermächtigung der Staatsregierung, für die Auswechslung der Kassenbilletts von 1855 noch eine Nachfrist von 6 Monaten zu gewähren, berathen und einstimmig genehmigt, worauf noch einige Petitionen zur Erledigung kamen. — In der ersten Kammer wurde am 23. Januar über mehrere Petitionen und Beschwerden verhandelt. — Der am 20. Januar in Leipzig abgehaltene sächsische Städtetag sprach sich bei Berathung des Gesetzentwurfs über Gemeindereform einstimmig dagegen aus, die Erlangung des Bürgerrechtes von einem Censur abhängig zu machen. Bedingung für dasselbe solle ein zweijähriger Aufenthalt in der Gemeinde, die pünktliche Entrichtung der Staats- und Gemeindeabgaben, sowie ein Alter von 25 Jahren sein. In dem Gesetzentwurf über die Reorganisation der Verwaltungsbehörden erblickte man einen Fortschritt auf der Bahn der Selbstverwaltung, sprach sich aber gegen das Institut der Friedensrichter, sowie für die Einführung größerer Bezirkshauptmannschaften aus und stimmte mit geringer Majorität für die Uebertragung der Polizeistrafgerichtsbarkeit von den Gemeindebehörden auf die Gerichte. — Der Chef einer größeren Webwaarenfabrik in Chemnitz, Herr Eduard Lohse, bereits längere Zeit in Dresden aufhältlich, hat bei Gelegenheit seines Austritts aus diesem seit 45 Jahren betriebenen Geschäfte dem Rathe der Stadt Chemnitz 8000 Thlr. mit der Bestimmung übersendet, a) die Zinsen von 2000 Thlr. alljährlich vor Weihnachten an 20 arme, unbescholtene Arbeiterfamilien und zwar vorzugsweise Weberfamilien mit je 5 Thlr.

zu vertheilen, b) 4500 Thlr. zur Errichtung einer Freistelle für einen armen, unbescholtene Webergesellen an der dasigen höheren Weberschule und c) 1500 Thlr. zur Begründung einer Freistelle im dortigen Georgenhospitale für einen alten, unbescholtene und arbeitsunfähigen Webermeister oder eine Webermeisters Wittve zu verwenden.

Preußen. Die Feier des Krönungs- und Ordensfestes hat am 21. Januar im k. Schlosse zu Berlin in der üblichen feierlichen Weise stattgefunden. Die vom „St.-A.“ veröffentlichte Liste der hierbei verliehenen Adler-, Kronen- und Hausorden von Hohenzollern, sowie Ehrenzeichen, 1080 an der Zahl, füllt 15 Spalten des amtlichen Blattes. — Aus dem Berichte der Staatsschuldencommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Jahre 1870 geht hervor, daß die gesammte Staatsschuld 1870 430,348,316 Thlr. betrug, wovon jedoch auf Eisenbahnen zc. 192,200,449 Thlr. kommen, deren Verzinsung und Tilgung den Staat nicht belastet. Letztere Summe von der Gesamtschuld abgezogen, bleiben 238,147,867 Thlr. und zwar 219,897,867 Thlr. verzinsliche und 18,250,000 Thlr. unverzinsliche Schuld. — Die Dotationen an die Generale zc. sollen am 22. März, dem kaiserl. Geburtstage, zur Vertheilung gelangen und die Angelegenheit selbst wird erst noch vor das Forum einer Commission von Generalen gebracht werden. — In Kiel ist die Ordre eingetroffen, daß die für das Uebungsgeschwader bestimmt gewesenen Corvetten „Elisabeth“ und „Augusta“, welche mit reducirtter Mannschaft bis jetzt in Dienst geblieben, außer Dienst gestellt und abgerüstet werden sollen. — Auf sein wiederholtes Ansuchen ist der Präfect von Deutsch-Lothringen, der k. sächsische Kreisdirector Hrhr. v. Gutschmid aus seiner reichsländischen Stellung entlassen worden. Der Reichskanzler hat in dem betreffenden Schreiben dem lebhaften Bedauern, daß Herr v. Gutschmid bei dem einmal gefaßten Entschlusse, nach Sachsen zurückzukehren, beharre, und der hohen Anerkennung seiner Thätigkeit Ausdruck gegeben.

Oesterreich. Der berühmte österreichische Dichter Franz Grillparzer ist am 22. Januar, wenige Tage nach seinem 81. Geburtstage, in Wien gestorben.

Frankreich. Thiers hat seine Demission zurückgezogen; auch die Minister haben, da sie in dem von der Nationalversammlung ausgesprochenen Vertrauensvotum mit inbegriffen sind, auf Ansuchen Thiers' ihre Portefeuilles wieder übernommen. Alle Mitglieder des diplomatischen Corps drückten ihre Befriedigung über die glückliche Lösung der Krisis aus. Das lebhafteste Verlangen der verschiedenen Parteien nach einem guten Einverständnis mit der Regierung wird zur Folge haben, daß Thiers sich von nun an nur seltener in die Discussionen der Nationalversammlung einmischen wird. Die Frage bezüglich der Rückkehr nach Paris scheint auf lange Zeit vertagt zu sein. — Die Nationalversammlung genehmigte am 22. Jan. einen Zuschlag von 20 Procent auf die Zuckersteuer und eine Abgabe von 4 Centimes für jedes Packet Zündhölzchen von 100 Stück. — Das sechste Kriegsgericht zu Versailles, vor welchem seit dem 8. Jan. unter dem Vorsitze des Obersten Delaporte der Proceß wegen